

Inflationsrate steigt auf 10,4 Prozent, Mehr Obdachlosigkeit in London, Zusammenbruch des Rentensystems?

Inflationsrate steigt auf 10,4 Prozent

Im Oktober hat sich die Inflation in Deutschland überraschend stark beschleunigt. Die Verbraucherpreise stiegen um durchschnittlich 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Freitag (28.10.2022) mitteilte. Ökonomen hatten nur mit einer Teuerungsrate von 10,1 Prozent gerechnet, nachdem sie im September 2022 mit 10,0 Prozent den höchsten Stand seit 1951 erreicht hatte. Für Energie mussten Verbraucher im Oktober 43,0 Prozent mehr zahlen als ein Jahr zuvor. Nahrungsmittel verteuerten sich um 20,3 Prozent. Eine rasche Entspannung bei der Inflation ist vorerst nicht in Sicht. Nach Darstellung des Ifo-Instituts müssen sich die Menschen weiter auf deutlich höhere Preise beim Lebensmitteleinkauf einstellen. Inflationsraten auf dem derzeitigen Niveau gab es im wiedervereinigten Deutschland noch nie. ([Manager Magazin](#))

Mehr Obdachlosigkeit in London

In London ist offiziellen Angaben nach die Zahl der Obdachlosen um fast ein Viertel gestiegen. Zwischen April und September 2020 hätten 5712 Menschen in der britischen Hauptstadt auf der Straße gelebt, ergab eine Analyse der kommunalen Behörden. Das seien 24 Prozent (!) mehr als im Vorjahreszeitraum. Es wird damit gerechnet, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Bei der Statistik handele

es sich nur um eine Auswahl einer größeren Analyse. Es wird vermutet, dass der Anstieg der Wohnungslosen auch auf die steigenden Lebenskosten zurückzuführen ist. Londons Bürgermeister Sadiq Khan rief die Regierung auf, umgehend Maßnahmen gegen steigende Rechnungen und Wohnkosten zu ergreifen. Er forderte unter anderem, Mieten einzufrieren und kurzfristige Wohnungsräumungen zu verbieten. Im September 2022 hat eine Studie erstmals belastbar erhoben, wie viele Obdachlose es in Deutschland gibt. Die Zahl von 37.400 Menschen war kleiner als erwartet. Seit August 2022 gibt es allerdings Warnungen, dass die Zahl der auf der Straße lebenden Menschen auch in Deutschland bald steigen dürfte. ([Spiegel Online](#))

Zusammenbruch des Rentensystems?

Rainer Dulger, Arbeitgeberpräsident warnt vor einem Zusammenbruch des Rentensystems und kritisiert das geplante Bürgergeld. Wir brauchen eine große Sozialreform, die die Dimension der Wirtschafts- und Sozialreformen nach der Wiedervereinigung habe, so Dulger. So wie unsere Sozialversicherungen heute funktionieren, werden sie in den kommenden fünf Jahren nicht mehr funktionieren. Die Kosten werden explodieren. Besonders dringend bedürfe es einer Sanierung der Altersvorsorge, sagte der Arbeitgeberpräsident. Die Finanzierung unseres Rentensystems, so Dulger, stehe vor dem Zusammenbruch. Konkret schlägt Dulger vor, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Um die Wichtigkeit des Themas zu verdeutlichen, brauche es „in der Sozialpolitik Prognosen wie in der Klimapolitik“ so Dulger weiter. Eine Gefahr sieht der Arbeitgeberpräsident zudem in der Einführung des Bürgergeldes, das nach den Plänen der Ampel-Koalition zum Jahreswechsel das bisherige Hartz-IV-System ersetzen soll. ([Welt Online](#))